



**Motion von Stefan Gisler und Andreas Hürlimann
betreffend Zug hilft Ölpest-Opfern
vom 20. Mai 2010**

Die Kantonsräte Stefan Gisler, Zug, und Andreas Hürlimann, Steinhausen, haben am 20. Mai 2010 folgende Motion eingereicht:

Der Kanton Zug unterstützt die Opfer der von der Explosion der Bohrinself "Deepwater Horizon" ausgelösten Ölkatastrophe finanziell. Der Umfang der Unterstützung entspricht den kantonalen Steuererträgen aus der jüngsten Jahrerhebung der in Zug domizilierten Firma Transocean. Die Regierung stellt einen Bericht und Antrag, wie er diese finanziellen Mittel zum Wohle von betroffenen Menschen sowie zur Bewältigung von Umweltschäden einsetzt.

Begründung:

Seit der Explosion der Bohrinself «Deepwater Horizon» am 20. April 2010 fliessen täglich rund 800'000 Liter Öl in den Golf von Mexico. Es droht eine der grössten von Menschen verursachte Umweltkatastrophe. Millionen von Meeres- und Küstentieren und ein einzigartiges Ökosystem fallen Ölteppich und Unterwasser-Ölschwaden zum Opfer. Bedroht sind die Existenzen ganzer Dörfer, Zehntausender von Fischerfamilien sowie die Tourismusbranche vor Ort.

Die Verantwortung tragen nebst der US-Regierung konkret der britische Ölkonzern BP als Besitzerin der Bohrinself sowie der Zuger Tiefsee-Ölbohrkonzern als Betreiberin. Es ist nicht das erste Mal, dass die Ölspur einer Katastrophe nach Zug führt. So war es im Dezember 1999 bei der «Erika»-Katastrophe vor der bretonischen Küste und im November 2002 bei der «Prestige»-Katastrophe vor der galizischen Küste.

Zur Zuger Firma Transocean gehören die allermeisten Mitarbeitenden der Plattform, ihr gehört die Ausrüstung. Transocean ist für die Sicherheit der Plattform zuständig. Erst Ende 2008 wurde der Hauptsitz von Transocean, die als grösster Tiefsee-Ölbohrkonzern weltweit gilt, von den Cayman Islands nach Zug verlegt. Der Sitz von BP Switzerland ist ebenfalls in Zug.

An ihrer Kundgebung vor dem Firmensitz der Transocean hielten die „Jungen Alternativen“ fest, dass Regierungen und Firmen, die weiter einseitig auf Erdöl statt Energieeffizienz und alternative Energien setzen, unverantwortlich handeln. Je knapper und teurer Öl wird, desto grössere Risiken wie zum Beispiel Tiefseebohrungen werden eingegangen. Es ist wichtig, dass Regierungen den Schutz von Mensch und Umwelt über Profitinteressen der Ölindustrie stellt. Der Ausstieg muss voran getrieben werden – auch in Zug. Zudem soll Zug nicht von Steuereinnahmen profitieren, die auf einer Katastrophen in Kauf nehmenden Firmen- und Energiepolitik beruhen.